

1. Globale Probleme und Herausforderungen im 21. Jahrhundert

In der Welt des Jahres 2015 sieht es nicht besonders rosig aus. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es noch nie so viele Flüchtlinge wie in diesem Jahr – so die Angaben von UNHCR, dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen. Die Menschen kommen aus Ländern wie Syrien, wo seit mittlerweile vier Jahren ein Bürgerkrieg herrscht, dessen Fronten völlig unübersichtlich geworden sind. Der westliche Teil des Landes steht noch unter Kontrolle der Regierungstruppen von Bashar al-Assad, dessen brutale Diktatur auch in Syrien einen „Arabischen Frühling“ im Jahr 2011 ausgelöst hat. Die ursprünglich friedlichen Proteste endeten schon bald in einem Bürgerkrieg mit den Rebellen, die sich aus unterschiedlichen Lagern zusammensetzen und gemeinsam einen Teil des Staatsgebiets im Südwesten und Nordwesten kontrollieren. Rasch hat auch die Nusra-Front, der syrische Ableger der globalen Terrororganisation al-Qaida, in den Konflikt eingegriffen und kontrolliert ebenfalls einen kleinen Teil des Staatsgebiets im Nordwesten. Ihre Grausamkeiten wurden allerdings noch von den Terroristen des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) übertroffen, die mit ihrem Kalifat einen beträchtlichen Teil des Landes in ihre Gewalt gebracht haben, von der türkischen Grenze im Norden bis zur irakischen Grenze im Südosten. Sie werden vor allem von den Kurden bekämpft, die einen langen Landstreifen an der türkischen Grenze kontrollieren. Die syrischen Kurden werden dabei von irakischen Kurden, den Peschmerga, aber auch von den USA und anderen westlichen Staaten durch Luftangriffe unterstützt. Auch die Türkei hat sich mit Luftangriffen in diesen Konflikt eingeschaltet, dabei

aber nicht nur den IS bombardiert, sondern auch die kurdische Arbeiterpartei PKK. Mehr als vier Millionen Syrer sind bereits geflüchtet, die meisten leben in notdürftigen Unterkünften im Libanon, in Jordanien und der Türkei. Nur wenige schaffen es, sich von dort bis nach Europa durchzuschlagen.

Syrien ist nur ein Beispiel zerfallender Staaten in der arabischen Welt, die von Bürgerkriegen und schwersten Menschenrechtsverletzungen geprägt sind.

So hat der Irak unter der Schreckensherrschaft von Saddam Hussein nicht nur einen Giftkrieg gegen die kurdische Minderheit im Norden geführt, sondern auch internationale Kriege gegen den Iran und Kuwait vom Zaun gebrochen. In den frühen 1990er-Jahren erfolgte zwar eine von den Vereinten Nationen autorisierte Militärintervention unter Führung der USA, und der Irak wurde durch Wirtschaftssanktionen geschwächt, doch die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung (der Kurden im Norden und der Schiiten im Süden) ging unvermindert weiter. 2003 haben die USA unter George W. Bush mit Unterstützung der britischen Regierung unter Tony Blair schließlich einen von der UNO nicht autorisierten Krieg gegen den Irak begonnen.

Mit der Hinrichtung Saddam Husseins nach einem Schauprozess wurde dem Land allerdings weder die versprochene Demokratie noch der Frieden gebracht. Im Gegenteil: Der Irak ist heute de facto zwischen den vom Iran unterstützten Schiiten, den Sunniten und den Kurden geteilt.

Ähnliches gilt für Afghanistan. Hier konnten die USA mit Unterstützung des UNO-Sicherheitsrats nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 die Schreckensherrschaft der radikal-islamischen Taliban zwar beenden, die den Kämpfern von al-Qaida Unterschlupf und Unterstützung gewährt hatten, doch es gelang ihnen ebenso wenig wie im Irak, stabile,

friedliche oder gar demokratische Strukturen zu schaffen. Die Situation in Pakistan, von wo aus die Taliban operieren, ist nicht viel besser und gleicht einem Pulverfass, das jederzeit explodieren könnte. Im Jemen, wo im Zuge des Arabischen Frühlings der Diktator Ali Abdullah Saleh abdanken musste, herrscht heute ein Bürgerkrieg zwischen den vom Iran unterstützten Hutu-Rebellen und den mit Saudi-Arabien verbündeten Kräften. In Ägypten wurde zwar der Rücktritt des Langzeit-Diktators Hosni Mubarak erzwungen, doch statt der lang ersehnten Demokratie konnten die Muslimbrüder diese revolutionäre Situation für sich ausnützen und wieder das Militär auf den Plan rufen. Dieses hat mit Abdel Fattah al-Sisi einen neuen Diktator installiert, der die Menschen mit gleicher Brutalität unterdrückt wie sein Vorgänger. In Libyen haben die durch den „Arabischen Frühling“ hervorgerufenen, ursprünglich friedlichen Proteste eine dermaßen gewalttätige Reaktion des Langzeitdiktators Muammar al-Gaddafi ausgelöst, dass sogar der UNO-Sicherheitsrat in Erfüllung seiner „Schutzverantwortung“ („Responsibility to Protect“ = R2P) eine durch die NATO geführte militärische Intervention autorisierte. Sie führte zwar zum Sturz des Gaddafi-Regimes, letztlich aber auch zu einem zerfallenden Staat mit mindestens zwei rivalisierenden Regierungen. Der seit der Gründung des Staates Israel schwelende Konflikt mit den Palästinensern, der als eine der wichtigsten Ursachen für den globalen Terrorismus gilt, wurde trotz unterschiedlicher Friedensanstrengungen bisher nicht nur nicht beendet, sondern hat sich durch die Siedlungspolitik Israels und ihre Apartheid-Politik noch verschärft, symbolisch unterstrichen durch den Bau einer Mauer und durch die Isolierung der Palästinenser im Gaza-Streifen.

Doch nicht nur aus den arabischen Staaten flüchten Menschen, sondern auch aus vielen anderen Ländern, insbesondere in Afrika. Die Ursachen für diese Fluchtbewegungen hängen zum Teil mit dem Terrorismus islamischer Gruppen zusammen, die eng mit der al-Qaida und in letzter Zeit auch mit dem IS kooperieren.

Dies gilt zum Beispiel für die Gräueltaten von Boko Haram im Norden Nigerias und in angrenzenden Staaten, oder der al-Shabaab-Milizen in Somalia und Kenia. Brutale Konflikte und schwerste Menschenrechtsverletzungen gibt es auch in vielen anderen afrikanischen Staaten, derzeit vor allem in Zentralafrika (wie Demokratische Republik Kongo, Zentralafrikanische Republik, Sudan und Süd-Sudan). Andere Menschen flüchten vor Verfolgung in Diktaturen wie Eritrea, Äquatorial-Guinea oder Zimbabwe. Wieder andere Menschen flüchten vor Armut, Dürre und ähnlichen Katastrophen, die nicht selten durch den Klimawandel bedingt sind oder zumindest verschärft werden.

Kriege, Terrorismus, Diktaturen, Armut und Katastrophen sind allerdings nicht die einzigen Gründe, die Menschen in die Flucht treiben.

Die organisierte Kriminalität, insbesondere der globale Waffen-, Drogen- und Menschenhandel, hat seit dem Ende des Kalten Kriegs erschreckende Ausmaße angenommen.

Sie steht dem Terrorismus und bewaffneten Konflikten im Ausmaß der Brutalität um nichts nach, wie zum Beispiel die Drogenkriege in Kolumbien und Mexiko oder der organisierte Menschen- und Organhandel auf der Sinai-Halbinsel belegen. Die Menschenrechtssituation ist zwar in Lateinamerika nach dem Ende der Militärdiktaturen der 1970er-Jahre oder in Südafrika nach dem Ende der Apartheid 1994 viel besser geworden, doch haben Gewalt und Kriminalität in Südafrika und vielen Regionen Lateinamerikas, von Zentralamerika über Venezuela bis Brasilien, erschreckende Dimensionen angenommen. In zahlreichen Staaten der Welt sind Polizei und Justiz korrupt und überfordert, die Gefängnisse überfüllt und unmenschlich. Das gilt auch für die USA, das Land mit der weltweit höchsten Zahl (sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Bevölkerungszahl) von Häftlingen, die nicht selten in völliger Isolation in Hochsicherheitsgefängnissen weggesperrt sind. Die Zunahme von Amokläufen, rassistisch motivierten Polizeiübergriffen und sonstiger Gewalt ist nicht nur in den USA besorgniserregend. Die weitverbreitete

Praxis der Folter und die globale Krise der Gefängnisse, die ich in meiner sechsjährigen Tätigkeit als UNO-Sonderberichterstatter über Folter hautnah miterlebt habe, ist eine tickende Zeitbombe, die jederzeit in vielen Staaten explodieren könnte.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa und dem Ende des Kalten Kriegs hat sich die Lage der Menschenrechte in den ehemaligen kommunistischen Staaten entscheidend verbessert. Durch den „Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus“ wurde allerdings auch ein Sicherheitsvakuum geschaffen, das nationalistische Politiker missbraucht haben.

Es führte zu vielen ethnisch, national oder religiös motivierten Konflikten, die in Bosnien und Herzegowina in den ersten Völkermord in Europa nach dem Holocaust mündeten. Die Folgen dieser bewaffneten Auseinandersetzungen, Vertreibungen und „ethnischen Säuberungen“ sind bis heute in verschiedenen Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion in Form sogenannter „eingefrorener Konflikte“ spürbar, wie im Kosovo, in der „Republika Srpska“ in Ost- und Westbosnien, in Georgien (Abchasien und Südossetien), Moldawien (Transnistrien) oder Aserbaidschan (Bergkarabach). Die nationalistisch motivierte Machtpolitik des russischen Präsidenten Wladimir Putin hat diese Konflikte noch verschärft, wie der Krieg mit Georgien 2008, die Annexion der Krim-Halbinsel und die bewaffneten Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine seit 2014 eindringlich belegen. Viele Beobachter sehen die russische Expansionspolitik in Osteuropa als größte Bedrohung des Friedens in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Europa kämpft aber auch mit vielen anderen Problemen. Die Europäische Union (EU), die als größtes Friedensprojekt Europas in der Geschichte gilt, ist seit dem Ende des Kalten Kriegs von 12 auf 28 Staaten angewachsen und hat in vergleichsweise kurzer Zeit viele der ehemaligen kommunistischen Staaten erfolgreich integriert – heute kämpft sie um ihr Überleben.

Die unterschiedlichen Interessen Englands, Frankreichs und Deutschlands haben die EU schon beim Zerfall Jugoslawiens überfordert, und ohne das entschiedene Eingreifen der USA hätte weder der Krieg in Bosnien und Herzegowina 1995 noch ein möglicher weiterer Völkermord im Kosovo 1999 verhindert werden können.

Durch den Lissabonner Vertrag wurde zwar die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik deutlich gestärkt, was sich nicht zuletzt in den gemeinsamen Friedensinitiativen für die Ukraine zeigt, doch Präsident Putin versucht immer wieder mit gewissem Erfolg, die EU zu spalten und zu destabilisieren. Autoritäre und populistische Regierungen wie in Ungarn scheinen häufig mehr mit Moskau zu sympathisieren als mit Brüssel. Zweitens ist die EU mit den Flüchtlingstragödien im Mittelmeer, wo Tausende Menschen von skrupellosen Schleppern im Stich gelassen wurden und ertranken, völlig überfordert. Statt ihre Bemühungen um eine einheitliche Migrations- und Flüchtlingspolitik in ihrem „gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zu intensivieren und ein wirklich gemeinsames Asyl- und Migrationssystem mit einheitlichen EU-Behörden und einem einheitlichen Verfahren zu schaffen, könnten egoistische und kurzsichtige Interessen ihrer Mitgliedstaaten die EU spalten. Drittens droht die britische Regierung unter David Cameron unverhohlen mit einem Austritt aus der EU, wodurch eine Kettenreaktion ausgelöst und die EU in ihrem Bestand gefährdet werden könnte. Viertens ist eines der großen Prestigeprojekte der EU, die Währungsunion in der Eurozone, ins Wanken geraten: durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie den Umgang mit den südlichen Staaten Europas, allen voran Griechenland.

Diese Situation führt mich zu den globalen Immobilien-, Banken-, Nahrungsmittel-, Umwelt-, Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahre. Unübersichtliche Immobilien- und Finanzspekulationen haben 2008 die gefährlichste Wirtschaftskrise der Welt seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Zwar konnte durch die Rettung der Großbanken („too big to fail“)

und sonstige Maßnahmen eines weltweiten Krisenmanagements ein völliger Kollaps der Finanzmärkte verhindert werden, meines Erachtens haben es jedoch die Industriestaaten, die von ihnen kontrollierten internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds) und die Welthandelsorganisation versäumt, diese Krisen zum Anlass für eine grundsätzliche Reform des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems zu nehmen. Auch das globalisierungskritische Netzwerk Attac oder die Protestbewegung „Occupy Wall Street“ wurden nie wirklich ernst genommen.

Seit dem Ausbruch dieser globalen Krisen verstärkt sich die Kritik in der Nationalökonomie und anderen Wissenschaften sowie in internationalen Organisationen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die vor den Auswirkungen der zunehmenden Ungleichheit in der Welt, vor allem aber in den demokratischen Industriestaaten des globalen Nordens warnen.

Es sind nicht mehr nur die Staaten und Menschen im globalen Süden, die das Wirtschafts- und Finanzsystem als ungerecht bezeichnen und die Forderung nach globaler Gerechtigkeit immer lauter vertreten.

Ein Bereich, in dem sich die globale Ungerechtigkeit besonders deutlich manifestiert, ist der Klimawandel. Dass die Erderwärmung nicht auf natürliche Faktoren zurückgeführt werden kann, sondern anthropogene Ursachen hat, kann nach den letzten Berichten des Weltklimarats nicht mehr ernstlich in Frage gestellt werden. Die Experten und Expertinnen dieses wissenschaftlichen Gremiums weisen seit Jahren mit Nachdruck darauf hin, dass eine Erderwärmung um mehr als 2 Grad Celsius zu irreversiblen Schäden führen wird. Dadurch wird nicht nur der Meeresspiegel so sehr steigen, dass ganze Inseln im Pazifik wie etwa Tuvalu im Meer versinken und dicht besiedelte Flächen wie in Bangladesch unbewohnbar werden, sondern es werden auch Überschwemmungen, Dürre, Hurrikane und andere Umweltkatastrophen in ungeahntem Ausmaß zunehmen.

Obwohl der Klimawandel primär von den Industrieländern des globalen Nordens verursacht wurde, leiden darunter vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten im globalen Süden. Reiche Staaten wie etwa die Niederlande können sich vor dem Anstieg des Meeresspiegels durch Dammbauten und andere Adaptierungsmaßnahmen schützen, arme Staaten jedoch nicht. Den Menschen dort bleibt häufig nichts anderes übrig, als ihre Heimat zu verlassen und als „Klimaflüchtlinge“ an die Türen der reichen Länder zu klopfen. Trotz dieser eklatanten globalen Ungerechtigkeit haben es die reichen Industrienationen, allen voran die USA, bisher nicht geschafft, sich zum Beispiel im Rahmen des Kyoto-Protokolls zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen auf verbindliche und ausreichende Grenzen des Ausstoßes von Treibhausgasen zu einigen.

Auch wenn die wachsende Ungleichheit keineswegs für alle genannten Probleme der Welt verantwortlich gemacht werden kann, so mehren sich dennoch die Stimmen, die darin das zentrale Problem des 21. Jahrhunderts sehen.

Es sind Stimmen aus den Wirtschaftswissenschaften, den Sozialwissenschaften, der Gesundheits-, Geschichts- und Politikwissenschaft, die mittels empirischer Untersuchungen auf dieses Problem hinweisen und auch Lösungsansätze entwickeln. Untermuert werden diese Studien durch immer genauere Daten, die von internationalen Organisationen in Zusammenarbeit mit Regierungen erhoben und für vergleichende Studien im historischen wie im Ländervergleich herangezogen werden. Meine Überlegungen bauen auf diesen Daten und Erkenntnissen auf und ich versuche, aus menschenrechtlicher Perspektive unter Einbeziehung der historischen Entwicklung der universell anerkannten Menschenrechte eine Antwort auf die Frage zu geben, ob und in welcher Form die wachsende Ungleichheit das Recht auf Gleichheit und andere Menschenrechte verletzt. Schließlich soll auch untersucht werden, inwieweit die Menschenrechte diesbezüglich Lösungsansätze und Handlungsanleitungen für die Politik auf nationaler und/oder internationaler Ebene anbieten.